

Staatsrat

Pressemitteilung

Spitalversorgung des Seebezirks

Der Staatsrat führte eine breite Diskussion zur Zukunft der Spitalversorgung des Seebezirks. Zwei Fragen standen dabei im Mittelpunkt:

- Welches ist die zukünftige Aufgabe des Spitals von Meyriez?
- Welches sind die idealen Partner für einen eventuellen Spitalverbund?

Juristische, ökonomische und politische Überlegungen haben den Staatsrat zur folgenden Feststellungen und Stellungnahmen geführt:

Mit dem Bundesratsbeschluss vom 15. Mai 2002 wurde die freiburgische Spitalplanung in ihrer Ausrichtung gutgeheissen. Der Bundesrat verpflichtet allerdings den Kanton, die gesetzten Ziele rascher umzusetzen und verlangt auch eine noch weitergehende Bettenreduktion.

Um substanzielle Kosteneinsparungen zu ermöglichen genügt ein Spitalverbund nicht. Strukturelle Änderungen bezüglich des Leistungsangebots sind notwendig (Meinung der Experten H Focus, der Spitaldirektion Neue Horizonte, der Gesundheitsdirektion des Kantons Bern).

Die geografische und politische Situation rechtfertigen, in dieser Strukturbereinigung weniger weit zu gehen als dies in der Spitalplanung und im Bericht von H Focus vorgeschlagen wird.

Der Spitalbericht schlägt für Meyriez ein BRZ vor. H Focus geht noch weiter, indem er nur 20 Betten für Langzeitpatienten vorsieht (innere Medizin) und ein Ambulatorium, welches von Privatärzten geführt wird.

Der Staatsrat beabsichtigt nach eingehender Diskussion eine neue Aufgabenteilung ins Auge zu fassen. Diese könnte in die Richtung des Modells der Walliser Spitalplanung gehen, welche eine Akutmedizin für leichtere Fälle, planbare Orthopädie resp. Chirurgie und eine Notfallversorgung während des Tages sicher stellen kann. Das genaue Leistungsangebot soll zusammen mit den Gemeinden und unter Beibehaltung eines neuen Experten diskutiert und definiert werden.

Für die im Spital nicht angebotenen Leistungen soll eine Partnerschaft mit anderen Spitälern gesucht werden. Der Staatsrat gibt dabei einer Zusammenarbeit mit Freiburger Spitälern den Vorzug, ohne jegliche Zusammenarbeit mit Berner Spitälern auszuschliessen.

In einem nächsten Schritt wird die Gesundheitsdirektorin mit den andern Mitgliedern der Staatsratsdelegation für Gesundheit und Soziales eine Sitzung mit den Gemeinden organisieren. Zusammen mit einer Delegation der Gemeinden und des Spitals soll eine neue Projektorganisation auf die Beine gestellt, ein Mandat für einen Experten ausgearbeitet und ein Experte vorgeschlagen werden.

Regelmässige Informationen der Gemeinden und der Grossratsdeputation des Seebezirkes über den Verlauf der Arbeiten sollen wenn möglich gemeinsam und koordiniert über den Staatsrat, den Oberamtmann und die Gemeinden laufen.

Freiburg, 6. Februar 2004